☰







ANDREA FUMAGALLI 2024-05-30

# DIE KRISE DES EUROPÄISCHEN PROJECTS IM DRITTEN JAHRTAUSEND

ECONOFICTION ÖKONOMIE, BRICS, EU, EZB, IMPERIALISMUS, KRISE

Die Wahlen zum nächsten Europäischen Parlament, die für Anfang Juni angesetzt sind, sind nur noch eine Frage der Zeit. Doch die Frage nach dem Schicksal und der Zukunft Europas steht nicht im Mittelpunkt der politischen Debatte. Und doch war der Wind der Krise noch nie so stark, angeheizt durch die Kriegswirren im Mittelmeerraum und im Osten. Noch nie war das Gefühl der Ohnmacht so stark, gefangen in den Kleinlichkeiten nationalistischer politischer Bigotterie.

Das wirtschaftliche Gewicht Europas

Dennoch hat Europa als Ganzes ein wirtschaftliches Gewicht, das immer noch wichtig ist,

wenn auch rückläufig[1]. Weltweit gesehen haben die USA mit 25 % den größten Anteil am BIP, zunehmend gefolgt von China (18 %). Unter den Nationalstaaten liegen Indien und Japan (beide mit einem Anteil von 4 %) weiter hinten. Die EU-27 (ohne Großbritannien, das einen Anteil von 3 % hat) liegt mit 16,9 % an dritter Stelle und wurde kürzlich von China überholt.

Vergleicht man die westlichen Länder des globalen Nordens (Europa, Nordamerika, Japan), so liegt der Gesamtanteil von PL bei 43&, während der entsprechende Anteil der BRICS+-Länder[2] 29% beträgt, wobei sich der Abstand jedes Jahr um einen Prozentpunkt verringert.

Was die Handelsbeziehungen betrifft, so war China im Jahr 2023 der wichtigste Partner der EU für Wareneinfuhren: Die Mitgliedsländer kauften ein Fünftel der Nicht-EU-Einfuhren des Blocks von dem asiatischen Riesen: mehr als von den USA (13,7 Prozent), dem Vereinigten Königreich (7,2 Prozent), der Schweiz (5,5 Prozent) und Norwegen (4,7 Prozent). Auf der anderen Seite exportiert die EU 8,8 Prozent ihrer Gesamtausfuhren nach China. China ist das drittgrößte Zielland, gefolgt von den USA (19,7 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (13,1 Prozent).

Der Stärke Europas in der Realwirtschaft und auf dem globalen Export-, Import- und Konsummarkt folgt nicht das gleiche Gewicht auf den Finanz- und Geldmärkten.

In Bezug auf die Zusammensetzung der von den Zentralbanken gehaltenen Devisenreserven schreibt Luigi Gobbi[3]:

„Die Aktiva, die auf Dollar lauten, bilden auch heute noch die überwiegende Mehrheit, gefolgt von denjenigen, die auf Euro lauten. Es ist jedoch anzumerken, dass der Dollar zwischen Januar 1999 und Juni 2023 von einem Anteil von 71,2 Prozent auf 58,9 Prozent gefallen ist, während der Euro vor der Staatsschuldenkrise einen Anteil von 28 Prozent erreichte und sich dann bei etwa 20 Prozent stabilisierte. Mit deutlich geringeren Anteilen folgen der japanische Yen, das britische Pfund, der kanadische Dollar und der chinesische Yuan mit Gewichten von 5,4 %, 4,9 %, 2,5 % bzw. 2,4 %. Daraus geht hervor, dass:

```
Die Bedeutung der auf Dollar lautenden Währungsreserven nimmt stetig ab;
der Euro hat sich nicht als Ersatz für den Dollar etabliert;
der relative Rückgang des Dollars vor allem den kleineren Währungen zugute kommt“.
```

Diese Situation wird auch durch die Daten über das Gewicht des Euro bei internationalen Transaktionen bestätigt, auch wenn es in den letzten Jahren abgenommen hat. Zwischen September 2020 und Oktober 2023 hat der Dollar seine Position deutlich gestärkt, indem er von 38,5 % auf 47,2 % (d. h. um 8,7 Prozentpunkte) anstieg, während gleichzeitig der Anteil der Euro-Zahlungen stark zurückging, und zwar von 36,3 % auf 23,4 %, was einer Veränderung von 12,9 Prozentpunkten zugunsten der großen Konkurrenzwährungen entspricht. Die Zunahme des Gewichts des Dollars ist also hauptsächlich auf den Rückgang des Gewichts des Euro zurückzuführen. Die letztgenannte Zahl bestätigt jedoch, dass der Euro als internationale Währung nicht mit dem Dollar konkurrieren kann, auch nicht angesichts der Dynamik der Währungen der BRICS+-Länder, die trotz ihres sehr geringen Gewichts die höchsten Wachstumsraten verzeichnen. Die Verwendung des Yuan als Währung für

internationale Zahlungen hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt.

Der politische Zwergstaat Europa

Im heutigen Kapitalismus ist die Rolle der Finanzmärkte als geopolitisches Herrschafts- und Führungsinstrument von besonderer Bedeutung. Das Scheitern des Euro als mögliche Alternativwährung zum Dollar spiegelt den politischen Zwergwuchs Europas wider. Ein politischer Zwergwuchs, der seine Hauptursache in der einseitigen Konstruktion der Europäischen Union hat.

Diese Konstruktion ist wiederum das Ergebnis der ideologischen Verklemmung, die mit der Verabschiedung der monetaristischen Politik in den 1980er und 1990er Jahren einherging. Diese Politik hat als erstes Ziel der Wirtschaftspolitik, die ausschließlich als Währungspolitik verstanden wird, die Kontrolle der Inflationsrate festgelegt, die gemäß Artikel 105 des Maastrichter Vertrags, der die einheitliche europäische Währung begründet, die Grenze von 2 % pro Jahr nicht überschreiten darf. In Wirklichkeit handelt es sich um ein instrumentelles Ziel, denn das eigentliche Ziel dieser Politik besteht darin, die Unternehmen durch die Senkung der Arbeitskosten, die gleichzeitige Ausbreitung der Unsicherheit und den Abbau der nationalen Sozialsysteme wieder auf ein akzeptables Rentabilitätsniveau zu bringen.

Wir kennen die Auswirkungen dieser Politik, von der gravierenden und ständigen Verschlechterung der Einkommensverteilung bis hin zur Finanzialisierung der sozialen Dienste durch Liberalisierung und in einigen Fällen Privatisierung. Das Ziel, die Ordnung des Kapitalismus als natürliche Ordnung zu bestätigen (auch wenn sie nicht gescheitert ist), wurde erreicht. Aber zu einem hohen Preis: dem Verlust des politischen und sozialen Zusammenhalts Europas.

Die Europäische Union ausschließlich unter monetären Gesichtspunkten zu betreiben, hat die nationalistischen Brüche innerhalb des alten Kontinents vergrößert und jede Form von Solidarität zunichte gemacht, wie die Staatsschuldenkrise von 2011-2012 deutlich gezeigt hat; sie hat die territorialen Unterschiede zwischen einem Europa der Mitte und einem Europa der Peripherie und des Mittelmeers verschärft; sie hat das Steuer- und Lohndumping zwischen den Mitgliedstaaten verstärkt; und sie hat den bereits strukturell bedingten Grad der Instabilität des heutigen finanzialisierten Kapitalismus noch beschleunigt. Und, was noch wichtiger ist, sie hat die Chancen auf eine wirkliche Europäische Union untergraben, und das genau zu einem Zeitpunkt, an dem der Übergang zu einer multipolaren Ordnung im Gange ist, mit all den militärischen und wirtschaftlichen Spannungen, die dies mit sich bringt.

Während der Versuch der Vereinigten Staaten, sich diesem Prozess zu widersetzen, und der Versuch der BRICS+, trotz ihrer Heterogenität mittel- bis langfristig eine neue multipolare Weltordnung zu schaffen, offensichtlich ist, wird die Position Europas nicht verstanden. Oder besser gesagt, man kann sie verstehen, wenn man Europa als Transmissionsriemen für die von den Vereinigten Staaten auferlegten Befehle betrachtet.

Europa ist nämlich nicht in der Lage gewesen, seine (zunehmend gefährdete) wirtschaftliche Autonomie in eine politische Autonomie zu überführen. Und das liegt daran, dass Europa keine unabhängige und souveräne politische Institution ist. Der Einheit des Euro ist keine steuerliche, soziale und produktive Einheit gefolgt. Europa hat keine Außenpolitik, keine

Währungspolitik, keine Verfassung.

In einem solchen Kontext läuft Europa Gefahr, zum Schlachtfeld zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und den BRICS-Ländern, die die US-Hegemonie am meisten untergraben (allen voran China), andererseits zu werden.

Europäische Subalternität (oder vielmehr Unterwerfung) gegenüber den USA und der NATO

Während an der ukrainischen Front ein „traditioneller" Krieg zwischen der russischen und der kiewer Armee geführt wird, wird in Europa ein „Wirtschaftskrieg" geführt. Diese Art der Intervention, die sich auf Sanktionen stützt, hat im Gegensatz zum „militärischen Krieg" (der zwar Zerstörung und Tod für die Leidtragenden, in der Regel wehrlose und arme Zivilisten, mit sich bringt und die Profite der Rüstungsindustrie derjenigen, die ihn erklären und führen, aufstockt) zwar keine direkten Todesopfer, aber einen Nebeneffekt: Er kann auch sehr hohe Kosten für diejenigen verursachen, die sich dafür entscheiden. Kosten, die – wie uns die Geschichte lehrt – wiederum nicht von der herrschenden Wirtschaftselite, sondern von den unteren Einkommensklassen getragen werden.

Diese Kosten haben die Volkswirtschaften der USA und Europas getroffen. Was die USA betrifft, so haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die ersten Sanktionen die Währungsreserven der russischen Zentralbank einfrieren und das SWIFT-System (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) blockieren, das den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr über das Bankensystem regelt.

Die Wirkung dieser Maßnahmen war nicht sehr effektiv. Ziel war es, einen Währungsblock zu schaffen, um die Stabilität des Rubels zu untergraben und so einen Abwertungsprozess der russischen Wirtschaft in Gang zu setzen, der sich schwerwiegend auf die wirtschaftliche Situation auswirkt, die durch den Covid im Jahr 2020 bereits stark beeinträchtigt war, sich aber im Jahr 2021 erholte. Die russische Regierung hat jedoch sofort und wirksam reagiert. Das Ergebnis ist, dass der Rubel heute die gleichen Notierungen aufweist wie vor der Invasion. Zweitens wurde der Dollar geschwächt, da große Mengen der US-Währung eingefroren wurden, was seine Rolle als internationale Reservewährung zu untergraben drohte[4]. Wie wir gleich sehen werden, ging das so weit, dass die Federal Reserve in Deckung gehen musste.

Die zweite Gruppe von Sanktionen betraf die Ausfuhr russischer Energieerzeugnisse mit dem Ziel, die Abhängigkeit Europas von russischem Gas zu verringern und der russischen Wirtschaft den Schlag zu versetzen, den das Einfrieren der Devisenreserven in Dollar durch die Zentralbank nicht bewirkt hatte.

Die Auswirkungen waren für Europa ziemlich katastrophal. Die Gassanktionen förderten starke Spekulationen mit Gasderivaten, die durch das Risiko einer (noch nie dagewesenen) Gasknappheit im Winter 2022-23 angeheizt wurden und zu einem Preisanstieg um fast das Zehnfache führten. Der Dominoeffekt auf die Inflationsraten in Europa und den USA hat die Kaufkraft der Löhne und der ärmeren Haushalte stark geschwächt. Während in den USA und in einigen europäischen Ländern diese Verschlechterung, wenn auch nur teilweise, durch Lohnerhöhungen kompensiert wurde, ist dies in Italien nicht geschehen.

Die Reaktion der Zentralbanken, allen voran der Federal Reserve, bestand in einer massiven

Anhebung der Zinssätze, die das Feuer der Armut und der Prekarität noch weiter anfachte und die sozialen Ungleichheiten noch verschärfte.

Es ist kein Zufall, dass die Entscheidung, die Zinssätze hoch zu halten, auf dem Treffen der drei westlichen Zentralbanken (Federal Reserve, Bank of England und Europäische Zentralbank) zeitgleich mit dem BRICS+-Treffen in Johannesburg im August 2023 bestätigt wurde. Die Absicht war, die Vorrangstellung des Dollars auf den Kredit- und Finanzmärkten zu bestätigen, dem letzten verbleibenden Bereich (nachdem die USA den logistischen und militärischen Bereich verloren haben), in dem sie ihre wirtschaftliche und politische Vormachtstellung wieder geltend machen können. Unter diesem Gesichtspunkt scheint die Entscheidung, die Zinssätze hoch zu halten, wenn nicht sogar weiter zu erhöhen, eher darauf abzuzielen, den Wert des Dollars hoch zu halten (eine Bedingung, die auch notwendig ist, um die interne und externe Verschuldung der US-Wirtschaft zu bewältigen), als die bereits rückläufige Inflation abzukühlen.

Der Kredit- und der Finanzsektor haben am meisten profitiert. Erstere haben Rekordgewinne verzeichnet, auch dank der Komplizenschaft der politischen Macht. Der italienische Fall ist paradigmatisch. Die Regierung Meloni erklärt, dass es angesichts des Gewinnanstiegs notwendig sei, eine außerordentliche Steuer auf die Zinsmargen[5] – die so genannten Extraprofite – der in Italien tätigen Banken zu erheben, und zwar mit einem Satz von 40 Prozent. Der Vorschlag rief bei den starken Kräften negative Reaktionen hervor, und so wurde die Steuer im Vergleich zu ihrer ursprünglichen Version, die am 8. August 2023 vom Ministerrat verabschiedet wurde, überarbeitet und bei der Umwandlung des Vermögensdekrets mit mehreren Neuerungen genehmigt. An erster Stelle steht die Neuerung des neuen Absatzes 5-bis von Artikel 26, der vorsieht, dass „die Banken alternativ zur Entrichtung der Steuer zum Zeitpunkt der Genehmigung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr, das dem am 1. Januar 2024 laufenden Geschäftsjahr vorausgeht, eine nicht ausschüttungsfähige Rücklage in Höhe eines Betrags bilden können, der mindestens dem Zweieinhalbfachen der Steuer entspricht". Vereinfacht ausgedrückt: Die Steuer wird nicht gezahlt, wenn sie zur Erhöhung des Aktienkapitals der Bank verwendet wird. Dies hat zwei Folgen: eine Rekordausschüttung an die Aktionäre und eine Erhöhung des Aktienwerts. Der Staat kassiert keinen Euro, aber die Aktionäre feiern.

Erwähnenswert ist auch, dass allein im ersten Quartal 2024 die Gewinne der sieben größten italienischen Bankinstitute auf 6,3 Mrd. Euro gestiegen sind, ein Plus von 26 % im Vergleich zu 2023.

Auch auf den Finanzmärkten sieht es nicht schlecht aus. Trotz der Befürchtungen, dass ein Anstieg der Zinssätze die Aktienindizes unter Druck setzen würde, ist das Gegenteil eingetreten. Die Erwartungen blieben dank der guten Gewinne großer US-amerikanischer und europäischer Unternehmen in vielen Sektoren – von Banken über multinationale Arzneimittelhersteller bis hin zu Unternehmen der Rüstungsindustrie – günstig. Die Widerstandsfähigkeit des Dollars auf dem internationalen Devisenmarkt war ebenfalls ein entscheidender Faktor. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die US-Finanzindizes mit schwindelerregenden Börsenkapitalisierungen ihre Allzeithochs erreichten[6].

4. Kurze Schlussfolgerungen

Schwere Zeiten für Europa. Von einem Wirtschaftsgiganten, der potenziell auf der globalen geopolitischen Bühne konkurrieren kann, hat sich Europa als politischer und finanzieller Zwerg entpuppt, als wirtschaftliches Schlachtfeld zwischen der untergehenden Macht USA und der aufstrebenden Macht BRIS+. Zwischen zwei eisernen Töpfen ist Europa der klassische Schmortopf. Ein Topf, der dennoch den atlantischen NATO-Streitkräften unter der Schirmherrschaft der USA zu Diensten ist. Europa zahlt für seine Unterwerfung unter die politische Macht der USA[7].

Für die USA ist die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Vorherrschaft des militärisch-industriellen Apparats von strategischer Bedeutung, da dies das einzige Mittel ist, um die Zahlungsunfähigkeit der Wirtschaft zu verhindern. Die wachsende Inlandsverschuldung, die durch die expansive Finanzpolitik zunächst von Trump und jetzt von Biden (nach dem Covid-Notstand) verursacht wird, wird durch eine strukturell defizitäre Handelsbilanz verstärkt, die dank der Überschüsse aus dem Kapitalverkehr ständig refinanziert werden muss. In der Tat sind es die Volkswirtschaften anderer Länder, die die Schulden der USA bezahlen, und dies ist nur möglich, wenn der Dollar seine Autorität als internationale Reservewährung behält und die US-Börsen ihre Hegemonie auf den globalen Finanzmärkten aufrechterhalten.

Die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts wird jedoch immer schwieriger. Die Expansionspolitik der NATO im Osten in den letzten Jahren und die heutigen zunehmenden Spannungen mit China wegen Taiwan, das auch aufgrund seiner technologischen Rolle eine attraktive Wirtschaft darstellt, sind Teil dieser Notwendigkeit.

Aber die Geschichte scheint in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Deshalb treten wir in ein permanentes Regime von Krieg und Kriegsfürsorge (Kriegsführung) ein, wie Michael Hardt und Sandro Mezzadra[8] zu Recht schreiben. Europa könnte einen Unterschied machen, vorausgesetzt, es befreit sich aus der Abhängigkeit von den USA und tritt aus der NATO aus, indem es sich als Vermittlungsinstrument anbietet, um einen geordneten Übergang zur Definition eines neuen multipolaren und überimperialen Gleichgewichts zu erleichtern.

ANMERKUNGEN

[1] Und das haben wir der Sparpolitik der letzten zwei Jahrzehnte zu verdanken.

[2] Der ursprüngliche Block der BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) wurde 2009 ins Leben gerufen und 2010 durch Südafrika ergänzt. Auf dem Treffen in Johannesburg vom 22. bis 24. August 2023 wurde beschlossen, die bestehenden Abkommen auf fünf weitere Länder (Iran, Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Äthiopien) auszudehnen und damit die erweiterte Gruppe BRICS+ neu zu definieren.

[3] L. Gobbi (2023), „De-dollarisation: the challenge of the BRICS countries", Moneta e Credito, 76 (304), S. 357-372

[4] In diesen Tagen wurde bekannt, dass die Europäische Kommission beabsichtigt, auch die Erlöse aus dem Einfrieren eines Teils der russischen Reserven zu beschlagnahmen, um sie der Ukraine und dem Kauf von Waffen zukommen zu lassen.

[5] Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem Zinssatz für Hypotheken und Darlehen und

dem Zinssatz für Bankeinlagen. Bei einer rezessiven Geldpolitik (die den Referenzzinssatz erhöht) passen sich die Hypotheken- und Kreditzinsen in der Regel schnell an, während dies bei den Einlagenzinsen nicht der Fall ist, was eine Erhöhung der Bankgewinne zur Folge hat.

[6] Um nur ein Beispiel zu nennen: Apple erreichte einen Wert von 2.796 Mrd. USD, Microsoft 3042 Mrd. USD, Nvidia 2263 Mrd. USD. Im Jahr 2023 betrug das BIP Italiens zu Marktpreisen 2.085 Milliarden.

[7] Für weitere Einzelheiten siehe Raffaele Sciortino, „Will Europe Die American?", Artikel in der Zeitschrift „Su la testa", Nr. 20, Mai 2024: https://www.sinistrainrete.info/geopolitica/28099-raffaele-sciortino-l-europa-morira-americana.html.

[8] M. Hardt, S. Mezzadra, „Ein globales Kriegsregime", 9. Mai 2024: https://newleftreview.org/sidecar/posts/a-global-war-regime.

Original hier: https://effimera.org/la-crisi-del-progetto-europeo-nel-iii-millennio-di-andrea-fumagalli/#